26. Europaministerkonferenz der Länder

am 08. und 09. November 2000
in der Hansestadt Wismar

Beschluss

TOP 7 Europafähigkeit und europäische Qualifizierung der Landesverwaltungen

Berichterstatter: Thüringen

1. Die Europaminister und -senatoren nehmen den Bericht des Thüringer Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefs der Staatskanzlei zur Kenntnis.

2. Sie weisen auf die Notwendigkeit hin, die Europafähigkeit der Landesverwaltungen zu stärken. Ziel muss es sein, durch ein abgestimmtes Vorgehen in einzelnen Bereichen der Landesverwaltungen ein europaorientiertes Personalmanagement zielgerichtet weiterzuentwickeln und dadurch der gestiegenen Bedeutung europäischer Sachverhalte in nahezu allen Politik- und Verwaltungsbereichen Rechnung zu tragen. Dies umfasst ebenso die Berücksichtigung der europapolitischen und –rechtlichen Zusatzqualifikationen bei der Personalauswahl und der Personalentwicklung wie die Verbesserung der Fort- und Weiterbildung zur Steigerung der europapolitischen Fachkompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

   Sie unterstreichen, dass dieses Ziel nur mittelfristig und stufenweise und in enger Abstimmungen mit den Personalabteilungen aller Ministerien und unter Berücksichtigung der beschränkten Personal- und Haushaltsmittel realisiert werden kann.

3. Die Europaminister und -senatoren betonen, dass die Entsendung Nationaler Experten zu den Institutionen der Europäischen Union ein ausgezeichnetes Instrument ist, um die EU-Kompetenz der Landesverwaltungen und die EU-Qualifizierung und Fachkompetenz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu steigern. Die entsandten Bediensteten erwerben Einblicke in die EU-Verwaltungspraxis, erhöhen ihre Fremdsprachenkenntnisse und werden in europäische Experten-Netzwerke eingebunden. Umgekehrt wird durch die Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in geeignete Dienststellen, insbesondere in den Generaldirektionen der Europäischen Kommission, auch die EU-Verwaltung leichter für regionale Besonderheiten und spezifische Anliegen der Länder sensibilisiert. Diese Aspekte stehen im besonderen Interesse der Länder.